

Hubertus Knabe

**Ilko-Sascha Kowalczuk (Hrsg.): Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985–1989. Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs Band 7, Berlin 2002, 640 Seiten, 25 Euro.**  
**Reinhard Grimmer, Werner Irmeler, Willi Opitz, Wolfgang Schwanz (Hrsg.): Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS, Edition Ost. 580 Seiten, 68 Euro.**

Was gestern Gegenwart war, ist heute schon Geschichte. Wie beängstigend schnell die aktuellen Zeitläufe zur Historie werden, kann man an einer neuen, fast 600 Seiten starken Dokumentation studieren, die sich dem politischen *Samisdat* in der DDR der späten achtziger Jahre widmet. Zwischen hochglänzenden Buchdeckeln sind darin 63 Beiträge wiedergegeben, die noch vor kurzem nur in Kleinstauflagen und miserabler Schriftqualität in inoffiziellen Publikationen der DDR-Bürgerrechtlerszene nachzulesen waren. Schon das physische Gewicht

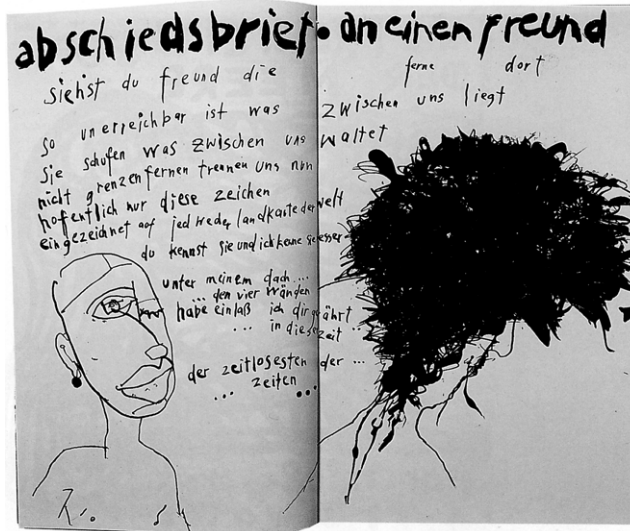
des Buches lässt die einst von nur wenigen wahrgenommenen und von noch weniger politisch ernst genommenen Texte aus dem ostdeutschen „Untergrund“ zu einer Respekt einflößenden historischen Leistung gerinnen.

Dem Herausgeber des Bandes, Ilko-Sascha Kowalczuk, gebührt das Verdienst, die heute fast vergessenen Texte aus dem Vormärz der 89er-Revolution gehoben und Wissenschaftlern wie anderen Interessierten in kompakter Form zugänglich gemacht zu haben. Die Beiträge sind, nunmehr mit erläuternden Fußnoten versehen, in den Rang von historischen Quellen erhoben worden, die ein authentisches Bild von den Vorstellungen der sich formierenden DDR-Opposition geben. Wer sie liest, so formuliert Karl Wilhelm Fricke seine Eindrücke im Vorwort, „ist beeindruckt vom reifen Ernst, mit dem sich die intellektuelle und politische Elite des sozialistischen Staates deutscher Nation auseinander gesetzt hat, mit den Herr-

schaftsstrukturen, mit der Rolle der Kirchen, mit der Politik der Regierung“. (Seite 16)

Kowalczuk hat sich bei der Auswahl auf eindeutig politische Texte beschränkt und diese nach verschiedenen Themenblöcken sortiert: Im ersten Abschnitt geht es um die oftmals widersprüchlichen und konfliktreichen Selbstverständigungsversuche auf dem Weg zu einer sich selbst nur allmählich und keineswegs durchgängig als Opposition begreifenden Gruppenszene. Texte wie der Antrag „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ vom April 1987 oder die Gründungserklärung der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM) sind hier wichtige nachgedruckte Dokumente. Im zweiten Teil, der mit einer kritischen Eingabe mehrerer Bürgerrechtler zum XI. Parteitag der SED vom April 1986 eingeleitet wird, geht es um die Auseinandersetzung mit dem System der Diktatur in der DDR. Der dritte Abschnitt ist mit

*Sensibles Zeugnis des Samisdat in der DDR: Johann Lippert, Kiefer-Klemme 1987 (Broschur, Siebdruck; Ursus Press 04, 36 x 24 cm), Abbildung nach „Samisdat – alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa“, Bremen 2000, Hrsg. Wolfgang Eichwede.*



dem Stichwort „oppositionelle Aktivitäten“ überschrieben und enthält unter anderem Ulrike Poppes Studie über „Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und Gesellschaft“. Der vierte Block widmet sich der „gesellschaftlichen Situation“ in der DDR und dokumentiert unter anderem Texte zum bereits damals erkennbaren Problem des Rechtsradikalismus in Ostdeutschland. Im aus heutiger Sicht vielleicht interessantesten Abschnitt „Mauer – Ausreise – Deutsche Frage“ sind Texte versammelt, die sich mit der Situation der deutschen Teilung beschäftigen. Sie widerlegen das Vorurteil, dass sich die DDR-Opposition der acht-

ziger Jahre nicht mit Überlegungen zur Aufhebung der unnatürlichen Nachkriegsordnung beschäftigt hätte, wenngleich deutlich wird, dass es nur wenige waren, die sich diesem heiklen und politisch verdrängten Thema zuwandten. Typisch dafür ist, wie Ludwig Drees 1987 allein aufgrund der mehrfachen Erwähnung des Wortes „Deutschland“ in einem seiner Texte verunsichert feststellt: „Ich komme mir vor, als ob ich etwas historisch Überholtes oder wenigstens etwas Verbotenes denke.“ (Seite 435) Im letzten Teil geht es schließlich um das „gemeinsame Haus Europa“, das heißt um Texte, die sich vor allem den Staaten des sowjetischen Blocks zuwen-

den und die dortigen Dissidenten jenseits der verordneten „Völkerfreundschaft“ als Bündnispartner der Opposition entdecken. Nicht immer ist die Zuordnung der Texte ganz überzeugend, da die Debatten in der Wirklichkeit meist weniger strukturiert geführt wurden, als es die Sortierung nahe legt.

Der Dokumentation vorangestellt ist eine Skizze des Herausgebers zur Entwicklung des politischen *Samisdat* in der DDR. Hier geht es um die Ursachen seiner Entstehung, um seine Rolle als Medium der zahlenmäßig schwachen Opposition und um sein artverwandtes und doch anders gearbetetes Gegenstück im Bereich der ungenehmigten

Künstlerzeitschriften. Näher dargestellt werden mit den *radix-blättern*, dem *Grenzfall* und dem *Kontext* drei wichtige inoffizielle Periodika sowie deren praktische Arbeit. Schließlich wird das Problem der staatlichen Repression angesprochen, einschließlich der dankenswerterweise stets vermerkten Zusammenarbeit von verschiedenen Redakteuren mit dem Staatssicherheitsdienst, um am Ende kurz das Aufblühen und anschließende Vergehen des *Samisdat* in der 89er-Revolution zu beschreiben. Angefügt sind dieser Einführung der Wortlaut eines längeren Rundtischgespräches mit ehemaligen Akteuren, darunter Gert Poppe, Stephan Bickhardt und Torsten Metelka, sowie ein Interview mit Roland Jahn, ohne dessen materielle Unterstützung aus Westberlin viele Hefte nicht hätten erscheinen können. Für Leser der jüngeren Generation dürften insbesondere die der Dokumentation beigegebenen Faksimile-Nachdrucke einzelner Titelblätter und Dokumente faszinierend sein.

Einwenden ließe sich gegen das Buch möglicherweise, dass die Auswahl der Texte und Autoren nicht repräsentativ ist. Wichtige Organe des politischen *Samisdat* wie die *Umweltblätter* oder der

*Friedrichsfelder Feuermelder* sind gar nicht oder nur am Rande berücksichtigt. Auch die weniger stark politisierten (aber gleichwohl politischen) Periodika wie die *Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch – Umwelt* oder die immer etwas isoliert gebliebenen Hefte aus der Ostberliner Samaritergemeinde fehlen in der Dokumentation. Die für die Herausbildung der Opposition besonders wichtigen *Samisdat*-Zeitschriften in der Provinz wie das *Friedensnetz* aus Mecklenburg oder der *Aufbruch* aus der Region Forst werden kaum erwähnt. Auch das Rundtischgespräch berücksichtigt nur einen kleinen Teil der einstigen *Samisdat*-Produzenten, überwiegend solche, die politisch der IFM nahe standen.

Der Herausgeber schreibt zu seiner Auswahl, dass er sich auf Publikationen konzentriert habe, die im Umfeld der demokratischen Opposition und der Menschenrechtsbewegung entstanden seien. Die Begrenzung könne auch deshalb in Kauf genommen werden, weil zu den anderen Spektren des *Samisdat* in den letzten Jahren bereits andere Publikationen entstanden seien. Ob diese Eingrenzung so glücklich war, ist nicht sicher. Gerade die Zusammenschau

der unterschiedlichen Positionen und Stile wäre für einen historischen Quellenband zum politischen *Samisdat* aufschlussreich gewesen. Zugleich wären die teilweise scharfen Kontroversen, die nunmehr Geschichte sind, deutlicher hervorgetreten. Das Argument, dass die anderen Meinungen bereits anderswo publiziert worden seien, trifft für viele der weggelassenen Bereiche des *Samisdat* gerade nicht zu, während umgekehrt zahlreiche der hier aufgenommenen Texte bereits in anderen Nachdrucken zugänglich sind. So könnte der Eindruck entstehen, dass die Auswahl unausgesprochenen politischen Affinitäten folgt und einen bestimmten – zweifellos besonders wichtigen – Bereich der DDR-Opposition in den Mittelpunkt rücken will.

Dass der Band das Phänomen des politischen *Samisdat* in der DDR nur ansatzweise auslotet, trifft auch auf die einleitende Überblicksdarstellung zu. Bis heute gibt es keine Inhaltsanalyse des inoffiziellen Schrifttums, die einigermaßen repräsentativ über die verhandelten Themen und ihre Gewichtung Aufschluss gibt. Die Arbeitsweise der verschiedenen Redaktionen, von den internen Debatten und Entscheidungspro-

zessen über die Probleme der technischen Herstellung bis hin zu den inoffiziellen Vertriebswegen, sind oft nur den Beteiligten bekannt und jedenfalls wissenschaftlich nicht untersucht. Auch die Formulierung und Umsetzung der Gegenstrategien von SED und Staatssicherheitsdienst und deren Auswirkungen auf den *Samisdat* sind noch gründlich zu erforschen, einschließlich des im Buch leider unerwähnten Vorhabens der SED, die ausufernde inoffizielle Publizistik 1989 durch eine neue, dann aber nicht mehr in Kraft getretene Neufassung der Druckgenehmigungsanordnung in den Griff zu bekommen.

Das alles schmälert freilich nicht den Wert dieser Dokumentation, die insbesondere dem einschlägig nicht weiter vorgebildeten Leser einen tiefen Einblick in die Vorstellungswelt der DDR-Opposition erlaubt. Erst in der Rückschau – nachdem sich das Schlachtgetümmel der einzigen gewaltlosen Revolution auf deutschem Boden gelichtet hat – wird deutlich, worin die historische Bedeutung der schwachen, aber politisch erfolgreichen Gegenöffentlichkeit im SED-Staat lag.

Wer immer in den letzten Jahren das Bedürfnis verspürte, dem unterge-

gangenen Staatssicherheitsdienst der DDR noch einmal hautnah zu begegnen, der konnte dies nur via Internet tun: Unter Adressen wie „mfs-insider.de“ stieß man hier auf die Ewiggestrigen des Kommunismus, die wortreich ihre einstige Tätigkeit verteidigten – heimlich und nur über ein Postfach zu erreichen.

Doch die Zeiten haben sich geändert. Drei Monate nach der Beteiligung der PDS an der Berliner Regierung haben ehemalige Stasi-Offiziere eine zweibändige Rechtfertigungsschrift veröffentlicht, die nun in jedem Buchladen erhältlich ist. Ganz offenkundig fühlen sich die ehemaligen Mitarbeiter der SED-Geheimpolizei durch den Aufstieg der PDS ermutigt, in die Offensive zu gehen.

### Ohne Reue

Das Buch bestätigt, was warnende Stimmen seit längerem sagen: dass die einstigen Kader des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) alles andere als in der Demokratie „angekommen“ sind. Allein die Tatsache, dass elf Generale und neun Oberste sich in dieser Weise zusammgefunden haben, zeigt, dass die Strukturen des Staatssicherheitsdienstes zwölf Jahre nach seiner Auflösung teilweise immer noch intakt sind. Die

Liste der zwanzig Autoren, unter ihnen zwei Stellvertreter Erich Mielkes, liest sich, als hätte das MfS noch einmal zum zentralen Führungsseminar geladen.

Erschreckend ist vor allem, dass die Verfasser für das vom Staatssicherheitsdienst verübte Unrecht nicht das geringste Schuldbewusstsein zeigen. Mit kaum noch zu überbietendem Zynismus sprechen sie von der „hohen Kompetenz“ ihres „Rechtspflegeorgans“, dessen „wissenschaftliche Untersuchungstätigkeit“ immer der „kritischen Prüfung der Gerichte“ unterlegen habe. Für das MfS, dessen Mitarbeiter „Söhne von Arbeitern“ und somit ein Teil der „werk tätigen Bevölkerung“ gewesen seien, galt es demnach, die „Würde von Betroffenen in Strafverfahren uneingeschränkt zu wahren“ und „Gestrauchelten möglichst zu helfen, den Weg in die Gesellschaft zurückzufinden“. Die flächendeckende Bespitzelung der Bevölkerung in tausenden von Operativvorgängen sollte nur verhindern, „dass rasch und leichtfertig offizielle Verdächtigungen ausgesprochen und damit Bürger belastet wurden“. Heute dagegen, so der letzte Chef des Stasi-Gefängnisses in Berlin-Hohenschönhausen,

betreibe die an seinem Amtssitz eingerichtete Gedenkstätte „eine infame Hetze gegen diese Untersuchungshaftanstalt“ und ihre einstigen Mitarbeiter.

Von den eigenen guten Absichten offenbar selbst nicht ganz überzeugt, greifen die Autoren zu einer zweiten Rechtfertigung, die man schon aus der Zeit der NS-Diktatur kennt: Was gestern Recht war, kann heute nicht Unrecht sein! Fast zwanghaft weisen sie darauf hin, dass die Tätigkeit der Stasi immer durch Gesetze und Verordnungen gedeckt gewesen sei – ohne freilich hinzuzufügen, dass diese niemals demokratisch zu Stande gekommen waren. Angesichts des ständigen Bekenntnisses von SED und MfS, dass die Justiz der Sicherung ihrer Macht zu dienen habe, mutet es streckenweise geradezu grotesk an, wenn ausgerechnet ehemalige Stasi-Generäle sich nun zu Experten für Recht und Gesetz aufschwingen.

Beunruhigender ist jedoch, wie unverändert die Feindbilder der Stasi-Offiziere nach zwölf Jahren Demokratieerfahrung geblieben sind: Da ist von „gegnerischen Angriffen“ und „hasserfüllten Feinden der DDR“ die Rede, von „BRD-Politikern“, die 1989 ihren „Hauptstoß“ gegen das MfS gerichtet

hätten, um den „Anschluss“ der DDR zu erzwingen. Die Zerschlagung des MfS habe einen „Dreh- und Angelpunkt in Strategie und Taktik der Feinde der DDR“ gebildet, um die Machtverhältnisse in Ostdeutschland zu verändern.

Dass der bis an die Zähne bewaffnete Staatssicherheitsdienst 1989 so schmachvoll versagt hat, quält die Generäle offenbar immer noch. Wie oft bei sektenhaften Zusammenschlüssen schaffen Verschwörungstheorien den Ausgleich, wenn die Wirklichkeit mit dem eigenen Weltbild nicht in Übereinstimmung zu bringen ist. In raffinierter Weise habe der „Feind“ damals „Horormeldungen“ über das MfS verbreitet und „ungezügelt“ das MfS und seine Mitarbeiter „verteufelt“. Dazu kam eine „sich steigende Kampagne über Amtsmissbrauch, Korruption und Privilegien“. Auch die Massendemonstrationen in Leipzig und ihre Forderung „Wir sind ein Volk“ seien vom „Gegner“ gelenkt gewesen.

Doch auch in den eigenen Reihen gab es Verräter, allen voran der sowjetische Staatschef Mihail Gorbatschow. Selbst Hans Modrow, der Ehrenvorsitzende der PDS, findet bei den Generälen wenig Gnade, da er den Angrif-

fen auf das MfS nicht entschieden entgegengetreten sei. Schließlich sehen sie sich genötigt, auch auf die offenbar massive Kritik ihrer einstigen Untergebenen zu reagieren, dass sie 1989 nicht alle belastenden Akten vernichtet und stattdessen sogar Gespräche mit dem Klassenfeind geführt haben. Nur in diesem Punkt zeigen die Generäle einen Anflug von Selbstkritik, wenn sie eingestehen, dass die Stasi allzu viel Papier archiviert habe, so dass es „allein aus technischen Gründen unmöglich war, binnen kurzer Zeit alles zu vernichten“. Der Gedanke, dass dieses „Schriftgut“ eines Tages „in die Hände des Gegners“ fallen könnte, sei leider „nie ernsthaft erwogen“ worden.

Von der umfangreichen Hinterlassenschaft – allein die Gauck-Behörde hortet rund 180 Kilometer Akten – zehren die Autoren offenbar selbst reichlich. Ganze Referate im bleiernen Stasi-Deutsch werden nacherzählt, ganz zu schweigen von Zahlen, Strukturen und Richtlinien des MfS. Da der illegale Besitz vom Stasi-Unterlagen-Gesetz in Deutschland mit einer Geldbuße von bis zu 500 000 DM bedroht wird, ist das mühsam zu lesende Buch vor allem eins – ein Fall für den Staatsanwalt!